

# Milliarden blanko ausbezahlt

Sehr verehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

es ist ein Skandal! Milliarden rechneten russische Pflegedienste zu Unrecht ab. Allein in Bayern wurden die Krankenkassen um geschätzte 200 Millionen Euro betrogen. Von organisierter Kriminalität spricht das Bundeskriminalamt (BKA). Die Masche der Kriminellen war so einfach wie effizient: Sie berechneten in Tausenden von Fällen Leistungen, die sie nie erbracht haben. Das Treiben blieb offensichtlich über Jahre unbemerkt beziehungsweise ungeahndet. So liegt dem Amtsgericht Augsburg Presseberichten zufolge bereits seit dem Jahr 2014 eine Anklage der Staatsanwaltschaft vor – zu einem Verfahren ist es bis heute nicht gekommen. Die Justiz sei nicht mit ausreichend Experten ausgestattet, um diese komplizierte Materie adäquat zu bearbeiten. Auch die Krankenkassen waren offensichtlich nicht in der Lage, den Betrügern das Handwerk zu legen. Die Rede ist von Gesetzeslücken und fehlenden Kontrollmöglichkeiten. Nicht nur als Standespolitiker löst das bei mir Kopfschütteln aus.

Schon der gesunde Menschenverstand sagt mir, dass ein System, das keine wirksamen Kontrollmöglichkeiten hat, geradezu dazu einlädt, es zu missbrauchen. Es ist paradox: Während wir als KZVB von einigen Krankenkassen mit Prüfanträgen überschüttet werden, wurden in einem anderen Leistungsbereich Milliarden quasi blanko ausbezahlt. Immer wieder müssen sich Vertragszahnärzte wegen Kleinstbeträgen rechtfertigen. Sie müssen darlegen, warum eine zweite Anästhesie notwendig war oder eine Endobehandlung statt einer Extraktion durchgeführt wurde. Selbst zur aufsuchenden Betreuung von Pflegebedürftigen gibt es bereits Prüfanträge – obwohl der Gesetzgeber ganz bewusst festgelegt hat, dass diese Leistungen nicht auf das Gesamtbudget anzurechnen sind.

Wenn die Gesundheitspolitiker nun fordern, Gesetzeslücken zu schließen, ist das mehr als überfällig. Es ist für mich völlig inakzeptabel, dass russische Banden ungeniert in deutsche Sozialkassen greifen können.

Der Skandal zeigt aber auch, dass das System der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Ver-



**Dr. Stefan Böhm**  
Stv. Vorsitzender des Vorstands  
der KZVB

einigungen funktioniert. Missstände wie im Pflegebereich wären bei den Ärzten und Zahnärzten undenkbar. Wirtschaftlichkeitsprüfung, Plausibilitätsprüfung, Qualitätsprüfung, Gutachten – mancher Kollege mag das als Gängelung empfinden. Auch ich würde mir mehr Freiheit und größere Ermessensspielräume für unsere Arbeit in der KZVB wünschen. Höhere Bagatellgrenzen für Prüfanträge wären ein erster wichtiger Schritt. Doch in der Summe funktioniert die Selbstverwaltung. Die wenigen schwarzen Schafe, die es in jedem Beruf gibt, müssen damit rechnen, dass ihr Fehlverhalten sanktioniert wird. Wir brauchen dazu auch nicht das BKA und schon gar keine Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder ein Anti-Korruptionsgesetz.

Vielleicht hat der Milliarden-Betrug für uns ja auch etwas Gutes. Die AOK Bayern hat öffentlich erklärt, dass sie mehr Kontrollmöglichkeiten im Bereich der Pflegedienste braucht. Ich würde mir wünschen, dass sie dafür auch mehr Personal abstellt und künftig darauf verzichtet, bei uns wegen 20 Euro einen Prüfantrag zu stellen. Denn Vertragspartnerschaften leben nun einmal auch vom gegenseitigen Vertrauen. Zwar zeigt der Blick auf den Pflegebereich, dass es auch Kontrollen braucht, jedoch mit Maß und Ziel und vor allem bei den Richtigen!

Wir in der KZVB werden uns bemühen, auch in Zukunft so viel wie nötig und so wenig wie möglich zu prüfen, damit Sie weiterhin Freude an der Berufsausübung haben.

Ihr